

Thesen zum STRAT.AT PLUS Forum am 17.11.2011: Arbeitsgruppe Integrierte Stadt- und Regionsentwicklung

Rainer Opl, Amt der Steiermärkischen Landesregierung, Abt. 16
(Landes- und Gemeindeentwicklung):

- ▶ Die „Integrierte Regionalentwicklung“ wird im Land Steiermark bereits seit Mitte der 80iger Jahre betrieben (STEFREI) und weiterentwickelt, insbesondere seit dem EU-Beitritt Österreichs 1995.
- ▶ Die „Integrierte Regionalentwicklung“ ist als spezifisches Aktionsfeld im RWB Programm Steiermark enthalten, der integrierte Ansatz wird von unserer Abteilung auch aus anderen Förderschienen (Leader, ETZ, National) unterstützt und ist daher nicht programmgebunden.
- ▶ Alle bisherigen Evaluierungen haben gezeigt, dass der integrierte Ansatz in der Regionalentwicklung eine wesentliche Ergänzung zu den klassischen sektoralen Förderungen darstellt und einen qualitativen Mehrwert für die Regionen bringt.
- ▶ Maßnahmen der integrierten Regionalentwicklung erfordern eine geeignete Regionalstruktur, d.h. sowohl zweckmäßige Regionsgrößen, als auch dort angesiedelte Umsetzungsstrukturen. In diesem Zusammenhang haben sich flächendeckende Regionalmanagement-Einrichtungen bewährt und sind für die erfolgreiche Abwicklung in Zukunft unverzichtbar.
- ▶ Nachdem die Region als räumliche Ebene zwischen Land, Bund und Gemeinde sich als besonders geeignet zur Umsetzung von Maßnahmen der Regionalentwicklung gezeigt hat, haben sich hier vielfältige Einrichtungen etabliert, die in der Vergangenheit oft nicht bestmöglich abgestimmt gewirkt haben.
- ▶ Voraussetzung für eine zukunftsfähige integrierte Regionalentwicklung ist eine professionelle Regionalstruktur – angesiedelt im Bereich der Regionalmanagements – mit einer möglichst engen Abstimmung aller Einrichtungen wie LAG's, Beschäftigungspakte, Kompetenzzentren, Naturparke, Tourismusverbände, etc.
- ▶ Die Basiseinrichtungen für die Umsetzung von Maßnahmen der integrierten Regionalentwicklung sollten grundsätzlich nicht von der Finanzierung durch (temporär beschränkte) Förderprogramme abhängig sein. Die Programme sollten vielmehr für die Projektumsetzung herangezogen werden.
- ▶ Integrierte Regionalentwicklung braucht eine politische Verankerung auf Regionsebene auch mit der Möglichkeit, eigene regionale Strategien (in Abstimmung mit der Landesebene) festzulegen. Das erfordert neben den rechtlichen Voraussetzungen ein hohes Maß an Bewusstseinsbildung bei den politisch regional Verantwortlichen.
- ▶ Die Einbindung der Gemeinden – inhaltlich und finanziell – ist unerlässlich, um die „Bodenhaftung“ regionalpolitischer Maßnahmen sicherzustellen.

- ▶ Die geplante Fokussierung in den EU-Programmen der neuen Programmplanungsperiode darf nicht dazu führen, dass der integrierte Ansatz nicht mehr unterstützt werden kann, was insbesondere eine breite Interpretation des Innovationsprogriffs erfordert.
- ▶ Integrierte Regionalentwicklung in den Regionen mit einer eigenständigen abgestimmten Strategie erfordert als Voraussetzung auch eine entsprechende Abstimmung und Strategie auf der Landesebene, die wiederum im Einklang mit übergeordneten Zielsetzungen (EU 2020, ÖREK, etc.) stehen muss. Dieser integrative Ansatz auf Landesebene muss auch politisch getragen und gelebt werden.
- ▶ Alle strategischen Aussagen befassen sich im wesentlichen mit denselben Herausforderungen von der demografischen Entwicklung über den Klimawandel, Energie- und Ressourcenfragen, Standortentwicklung, Fragen der Integration etc. Dieses durchgängige System über alle Ebenen konkretisiert sich auf NUTS II und III-Ebene – dieser Stellenwert der Regionen muss auch in der Programmierung seinen Niederschlag finden.

Heinrich Weber, MA 27 (EU-Strategie und Wirtschaftsentwicklung)

Erfahrungen der laufenden Periode

Das für Wien maßgebliche Instrument einer integrierten Stadtentwicklung ist der Stadtentwicklungsplan (STEP), der für 10 Jahresperioden erstellt wird. Derzeit ist der STEP´05 in Kraft. Wesentliche Teile des STEP haben bis heute an Aktualität nichts verloren und werden zur Zeit erfolgreich umgesetzt.

- ▶ Innerstädtisch ist besonders der Fokus auf 13 sogenannte Zielgebiete zu richten. Dabei handelt es sich um durchwegs unterschiedliche Gebiete, die besonders von Aktivitäten der Stadtentwicklung betroffen sind. (z.B. Westgürtel, Flugfeld Aspern, Hauptbahnhof Wien). Jedem Gebiet ist im Rahmen der Stadtverwaltung ein Koordinator zugeordnet. Derzeit beteiligen sich die Strukturfonds in 3 dieser Zielgebiete an diversen Maßnahmen.
- ▶ Ziele sind eine Konzentration auf klar definierte Wirtschaftsbereiche mit Standortvorteilen, der Ausbau der Verkehrsinfrastruktur, die Entwicklung von funktionalen Knoten sowie die notwendige Kooperation mit den Nachbarregionen.
- ▶ Kooperationsthemen rund um den Großraum Wien sind vor allem Verkehr und Standortentwicklung.
- ▶ Governance: Kooperation erfolgt innerhalb der Centropo Region (grenzüberschreitend) und in der Planungsregion Ost (Wien, NÖ, Bgld.).
- ▶ Im Wiener Umland sind vor allem die Aktivitäten der PGO (Planungsgemeinschaft Ost) hervorzuheben, deren Themen unmittelbare Auswirkungen auf Wien hat. Schwerpunkte sind vor allem der Ausbau der hochrangigen Verkehrsnetze, aber auch Probleme betreffend unerwünschter Entwicklungen entlang von Verkehrsachsen, gemeinsames Standortmarketing sowie die Schaffung von Betriebs- und Entwicklungsgebieten.

Ausblick auf die kommende Periode

Perspektiven für die kommende Förderperiode sind zunächst unter dem Fokus der im Vergleich zum Budget der Stadt Wien doch sehr bescheidenen Fördermittel zu sehen. Als wesentliche Optionen werden gesehen:

- ▶ Förderungsmaßnahmen der lokalen Wirtschaft
- ▶ sektorale Konzentration auf einen noch zu definierenden Teilbereich der Energie- und Klimapolitik
- ▶ Unterstützung jener städtischen Zonen, die nicht zu den Chancenregionen zählen - im Sinne des Disparitäten-Ausgleichs (sofern innerhalb der künftigen Rahmenbedingungen möglich).

Christof Schremmer, ÖIR

Bezug zu Erfahrungen bisher (zu Thesen Opl)

Integrierte Stadt- und Regionsentwicklung ist genau so zu verstehen: Stadt und Region; dies umso mehr, als künftig der Fokus auf größeren Regionen, deren Funktion und Wettbewerbsfähigkeit gelegt werden soll; Stadt-Umland Relationen sind dabei von besonderer Bedeutung (wirtschaftlich, verkehrlich, räumlich).

Die wesentliche Qualität liegt in der sektoralen und räumlich funktionalen Integration: Durch diesen Ansatz können innovative regionale Impulse so weit entwickelt werden, dass daraus in den klassischen sektoralen Förderschienen einreichfähigen Projekte entstehen (wobei es da Lücken gibt)

Die Integrationsaufgabe bezieht sich auch auf den Brückenschlag von regionalwirtschaftlicher (Projekt-)Entwicklung, Standortentwicklung und regionaler Raumplanung. Dies erfordert organisatorische Vorkehrungen (z.B. Regionalmanagement, Zielgebietskoordination u.a.) und die Abstimmung der Instrumente aufeinander, z.B. Regionales (Wirtschafts-)Leitbild und Regionales Raumordnungsprogramm (Stmk.) - die Schaffung und effizienten Gestaltung dieser organisatorischen Basis stellt eine der größten Herausforderungen dar.

Diese Organisationsaufgabe und das damit verbundene Arbeitsprogramm muss (auch künftig) unabhängig von EFRE-Programmen aufgebaut und unterhalten werden.

Ausblick auf die nächste Periode

Background für die neue Programmperiode ist die im Mai 2010 verabschiedete EU-2020-Strategie, die für die seit Oktober vorliegenden Entwürfe zur neuen EFRE-Verordnung 2014+ prägend ist. Daher sollen die künftigen EFRE-Programme die Stärkung der ökonomischen, sozialen und territorialen Kohäsion im Kontext der Europe-2020-Strategie unterstützen.

Im Förderungsrahmen des EFRE werden (nach den Entwürfen) gegeben sein:

- ▶ Produktive Investitionen, v.a. KMU, Infrastruktur, v.a. Energie, Umwelt, Verkehr, IKT, Soziale, Gesundheits- und Bildungsinfrastruktur
- ▶ Entwicklung des endogenen Potenzials durch F&E und Innovation, v.a. durch: Ausrüstungsinvestitionen und kleine Infrastrukturen, KMU-Unterstützung, Forschungseinrichtungen, technologieorientierte Investitionen in Unternehmen, Netzwerke und Kooperationen zwischen Städten und Regionen sowie relevanten AkteurInnen

Die **Förderungsprioritäten** umfassen (besonderer Fokus des Mitteleinsatzes unterstrichen):

1. Forschung, Technologieentwicklung und Innovation
2. Zugang, Nutzung und Qualitätsverbesserung bei IKT
3. Wettbewerbsfähigkeit der KMU
4. Wandel zur Niedrig-CO₂-Wirtschaft
5. Anpassung an Klimawandel, Risikovermeidung und –management
6. Umweltschutz und Ressourceneffizienz
7. Nachhaltiger Verkehr und Engpassbeseitigung bei den Schlüssel-Netzen
8. Beschäftigungsinitiativen und Mobilität der ArbeitnehmerInnen (←→ ESF)
9. Soziale Integration und Armutsbekämpfung
10. Bildung und berufsbegleitende Qualifizierung
11. Institutionelle Kapazität und effektive Verwaltung mit Bezug zur OP-Umsetzung

Spezifische Territoriale Schwerpunktsetzungen mit integrativen Strategien:

Nachhaltige Stadtentwicklung: Integrative Strategien, um wirtschaftlichen, sozialen, umwelt- und klimawandel-bedingten Herausforderungen zu begegnen (mindestens 5% gesamtstaatlich für Integrierte Aktionen in benannten Städten)

Stadtentwicklungsplattform (Städte-Netzwerke und Erfahrungsaustausch) sowie Innovative Aktionen im Bereich Nachhaltige Stadtentwicklung (maximal 0,2% der EFRE-Mittel für Studien und Pilotprojekte, zur Entwicklung und Testung von innovativen Lösungen mit EU-Relevanz)

Folgerungen:

- ▶ Das ökologische Ziel wird erweitert zu „ressourcenorientierter Stadt- und Regionsentwicklung“, betont Maßnahmen zur CO₂-Reduktion und Anpassungen an den Klimawandel im Sinne von EU 2020;
- ▶ Generell erkennbar ist eine Aufwertung des Themas Stadt im Einsatz der EFRE-Mittel, kombiniert mit besonderem Fokus auf nachhaltige, den Ressourcenverbrauch senkende Strategien und Innovationen
- ▶ Smart Cities-Initiativen werden daher relevant, sollten aber Bezüge zur Innovations- und Wissensbasis, zur technologischen Innovation, aber auch in besonderem Maße zur Governance im Stadt-Regionalen Kontext aufweisen (Technologieeinführung braucht in

besonderem Maße die sektor-übergreifende Integration auf Politik- und Verwaltungsebene)

- ▶ Städte-Netze und Stadt-Regionale Kooperationen, auch im größeren räumlichen Kontext können ein relevantes Thema sein
- ▶ Im (groß-)städtischen Kontext werden Initiativen zur sozialen Integration und zur Verbesserung der Qualifikation in Abstimmung mit dem ESF genannt.

Eine breite Interpretation des Innovationsbegriffs und die Ausrichtung auf ressourcenschonende Entwicklung im stadt-regionalen Kontext stellen daher entscheidende Ansatzpunkte dar. Innovative Initiativen und Pilotprojekte können dabei eine Rolle spielen, wesentlich scheint aber die breite Verankerung dieser Strategie in allen laufenden Aktivitäten von Landes- und Regionsebene.

Resumé der Diskussion in der Arbeitsgruppe

Die Diskussion reflektierte die Erfahrungen mit integrierten Maßnahmenansätzen, mit einem Rückblick auf deren Wurzeln in den 80er Jahren (z.B. STEFREI als Vorstufe zu den Regionalen Leitbildern und Regionalmanagements in der Stmk.). Diese Entwicklung hat tw. auch zu einem (klein-)regionalen Wildwuchs von zu vielen Organisationen und Ebenen mit wechselseitigen Überlappungen geführt (z.B. Regionalmanagement, Leader, ETZ, Kleinregionen, Tourismusdestinationen etc.). Dennoch sind damit stabilisierende Wirkungen erzielt worden, etwa im Murtal.

Entscheidend für den Erfolg ist, dass es geeignete Schlüsselprojekte und -themen gibt, um die sich die regionale Arbeit zentrieren lässt und die motivierend bei der Überwindung der institutionellen Hindernisse und Kooperationsanforderungen ist. Als positive Beispiele wurden integrierte Wirtschaftsentwicklungs- und Arbeitsmarktmaßnahmen im Murtal genannt, aktuell auch die Nutzung der sich aus der Errichtung der Koralmbahn entstehenden Standortpotenziale in der Südweststeiermark.

Im städtischen Kontext wurde etwa mit den schon länger bestehenden Gebietsbetreuungen in Wien und den seit 2006 eingerichteten ZielgebietskoordinatorInnen ähnliche Ansätze gefahren. Hier geht es zum Teil um die Überwindung sozialer und städtebaulicher Missstände, die nur mit intensiver Kooperation der Beteiligten vor Ort einerseits, aber auch der inner-administrativen Kooperation zwischen Abteilungen und Geschäftsgruppen bewältigt werden können.

Die Erfahrungen mit Urban+ in Graz haben gezeigt, dass die Prozessunterstützung durch das Programm alleine nicht ausreicht: Es braucht Prozess und Projektumsetzung, um die nötige Signalwirkung und Veränderungen im Gebiet auszulösen. Der Übergang von Urban+ mit einem für Graz-West fokussierten Entwicklungsprogramm auf das laufende horizontale Wettbewerbsprogramm, hat zu einer massiven Reduktion der Mittel für die nun im Programm-Mainstream befindlichen Stadtentwicklungsmaßnahmen geführt. Gleichzeitig hat die Orientierung der Mittelvergabe auf die Prozessunterstützung alleine auch dazu geführt, dass nicht einmal diese Mittel ausgeschöpft werden.

Die EU Strategie Europa 2020 bietet mit dem dezidierten Schwerpunkt auf nachhaltige Stadtentwicklung eine Chance zur Neuorientierung, da hier erstmals den Themen Stadtentwicklung, Stadt-Umland-Beziehungen und dem Aspekt der Ressourceneffizienz ein damit unmittelbar zusammenhängender, hoher Stellenwert eingeräumt wird. Relevante Aspekte könnten sein:

- ▶ Stadt-Regionale Kooperationen, wobei es hier um den Organisationsaufbau und die laufende Projektentwicklung geht
- ▶ Leuchtturmprojekte, v.a. im Bereich der ressourceneffizienten Stadtentwicklung und der Smart City-Initiativen
- ▶ Stadt- und Umlandentwicklungsprojekte, die an bestimmten thematischen Schwerpunkten oder Missständen ansetzen.

Aufgrund der bisherigen Erfahrungen wiesen die TeilnehmerInnen der Arbeitsgruppe insbesondere auf den Aspekt der 'Grenzüberschreitung' im räumlichen, aber auch im thematisch-sektoralen Sinn hin:

Integrierter Ansatz bedeutet, AkteurInnen und Stakeholder aus unterschiedlichen fachlichen Bereichen zu einem gemeinsamen Programmverständnis und zur abgestimmten Projektentwicklung zu verbinden. Grenzüberschreitende Arbeit im Stadt-Umland-Kontext ist dabei von besonderer Relevanz (z.B. Siedlungsentwicklung und Verkehr, Energiesysteme).

Aber – auch hier wieder der Hinweis: Künftige EFRE-Programme sollten die Kombination von Projekt- und Prozessförderung ermöglichen und unterstützen, wobei sich um einige Leuchtturmprojekte eine Reihe von kleineren Projekten gruppieren sollten und der Prozess zur laufenden Entwicklung von konkreten, umsetzungsreifen Projekten führen soll. Bei der Abwägung, was in der nächsten Programmperiode Vorrang haben sollte, gab es ein klares Votum für die Projektförderung, während die Prozessunterstützung – nicht zuletzt wegen der erforderlichen Flexibilität – eher außerhalb der Programme, rein national gefördert werden sollten.